

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal des Rathauses Wadersloh
am 20.03.2012

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Thegelkamp, Christian

Mitglieder:

RM Borghoff, Paul

RM Bösl, Ulrich

RM Braun, Stefan

RM Brune, Walter

RM Driftmeier, Josef

RM Eilhard-Adams, Maria

RM Fleiter, Ferdinand

RM Gregor, Jens

RM Grothues, Klaus

RM Heitvogt, Josef

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Jungilligens, Alfred

RM Künneke, Magnus

RM Luster-Haggeney, Rudolf

RM Marx, Bernd-Dieter

RM Moltran, Heike

bis 19:58 Uhr, P. 26.2 einschl.

RM Müller, Frank

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Rühl, Jürgen

RM Schlieper, Konrad

RM Scholz, Gerhard

RM Smyczek, Jan

RM Stallein, Friedrich

RM Steinhoff, Franz

RM Teckentrup, Heino

RM Weber, Erwin

RM Weinekötter, Wilhelm-Josef

RM Werner, Helmut

RM Winkelhorst, Rudolf
b) von der Verwaltung:

Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar
Herr Krumtünger, Boris
Frau König, Angelika

Es fehlten entschuldigt:
RM Gappa, Markus
RM Sadlau, Verena

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. Informationen zum Thema "Fracking" UA 9/11 P. 19.1,
UA 10/11 P. 5
UA 11/12, P. 4
HA 16/12, P. 4
6. Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes UA 11/12, P. 5
HA 16/12, P. 5
7. Anpassung Eigenanteil der Eltern zu den Schülerbeförderungskosten SKA 12/12, P. 17
HA 16/12, P. 9
8. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 61 "Demandt"
Satzungsbeschluss BPA 18/12, P. 4
HA 16/12, P. 11
9. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wadersloh
Feststellungsbeschluss BPA 18/12, P. 5
HA 16/12, P. 12
10. 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 "Diestedde West"
Satzungsbeschluss BPA 18/12, P. 7
HA 16/12, P. 13
11. 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 "Buschkamp II"
Satzungsbeschluss BPA 18/12, P. 8
HA 16/12, P. 14
12. Bürgerhaushalt HA 16/12, P. 16
13. Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Wadersloh HA 16/12, P. 18

- | | | |
|-------|--|-----------------|
| 14. | Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Wadersloh | HA 16/12, P. 19 |
| 15. | Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Wadersloh und seiner Ausschüsse | HA 16/12, P. 20 |
| 16. | Antrag der CDU-Fraktion auf Verlängerung des Radweges an der Diestedder Straße | |
| 17. | Anfragen der Ratsmitglieder | |
| 18. | Berichte der Ausschüsse | |
| 18.1. | Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 11 am 06.02.2012 | |
| 18.2. | Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 12 am 13.02.2012 | |
| 18.3. | Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 18 am 15.02.2012 | |
| 18.4. | Hauptausschuss Nr. 16 am 05.03.2012 | |
| 19. | Verschiedenes | |
| 19.1. | Anpassung der Entschädigungsverordnung | |
| 19.2. | Feuerwehrgerätehaus Göttingen | |

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten, die erschienenen Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

BM Thegelkamp gratulierte im Namen des Rates und der Verwaltung den nachfolgend genannten Ratsmitgliedern nachträglich zu deren Geburtstagen, die diese in den Monaten Februar und März des Jahres 2012 feiern konnten.

Driftmeier, Josef
Teckentrup, Heino
Petertombeck, Paul
Bösl, Ulrich
Sadlau, Verena

2 Einwohnerfragestunde

Frau Wapelhorst teilte mit, dass sie Anfang des Jahres schriftlich einen Antrag an den Rat und die Verwaltung gestellt habe mit der Bitte um Errichtung einer Schulbuswartehalle an der Grundschule Wadersloh. Sie erkundigte sich nach dem Sachstand der Angelegenheit.

Die Verwaltung prüfe derzeit, ob die Errichtung einer Schulbuswartehalle in diesem Jahr finanziell umzusetzen sei, so BM Thegelkamp. Die weitere Beratung erfolge dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Kurzbericht der Verwaltung

1. Anmeldezahlen Schulen der Gemeinde Wadersloh

Die Verwaltung gibt nachstehende Anmeldezahlen und Klassenbildungen zum Schuljahr 2011/12 bekannt:

Grundschulverbund Wadersloh

Standort Wadersloh:	52	2 Klassen
Standort Liesborn:	25	1 Klasse
Standort Diestedde:	21	1 Klasse

Hauptschule:	19 (3 Auswärtige)	1 Klasse
Realschule:	64 (10 Auswärtige)	2 Klassen
Gymnasium Johanneum:	86 (46 Auswärtige)	3 Klassen

Detaillierte Aufstellungen und Auswertungen werden im SKA am 09.05.2012 vorgestellt.

2. Landtagswahlen am 13.05.2012

Nachdem der Landtag NRW aufgelöst worden ist, hat das Land die Neuwahl auf den 13.05.2012 gelegt.

Die Vorbereitungen auf diese Wahl haben in der Verwaltung bereits begonnen. Es verbleibt nicht viel Zeit. Deshalb beginnt die Verwaltung auch schon mit der Zusammenstellung der Wahlvorstände. So werden alle politischen Parteien um Vorschläge für die Besetzung der Wahlvorstände gebeten.

5 Informationen zum Thema "Fracking"

BM Thegelkamp berichtete, dass der Regionalrat Münster eine Resolution gegen „Fracking“ verabschiedet habe. Die Gemeinde Welver und weitere Kommunen des Kreises Soest haben ebenso verfahren. BM Thegelkamp schlug vor, den vorliegenden Resolutionstext der Gemeinde Welver als Anlage zur Niederschrift beizufügen, um anschließend im Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft sowie im Hauptausschuss beraten zu können, ob die Gemeinde Wadersloh ebenfalls eine Resolution verabschieden wolle.

Sodann ließ BM Thegelkamp über den Beschlussvorschlag des HA abstimmen.

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Erteilung der bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragten Erlaubnis durch die BNK Deutschland GmbH zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoff im Feld „Falke-South“ wird nicht zugestimmt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Resolution der Gemeinde Welver ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

6 Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes

RM Marx führte aus, dass bereits in der Hauptausschuss-Sitzung zu diesem Thema eine kontroverse Diskussion geführt worden sei. Die SPD-Fraktion werde sich gegen den Beschluss des Hauptausschusses aussprechen. Da nicht sichergestellt sei, ob auch im Jahr 2013 Fördermittel gewährt werden, sollte keine Zeit verschenkt werden. Energie werde immer teurer. Und so wie jeder Privathaushalt nach Einsparungsmöglichkeiten suche, sei auch die Gemeinde gehalten, ihre Gebäude und Schulen energetisch zu kontrollieren. Dazu sei die Erstellung eines Prioritätenkataloges notwendig und die Vernetzung verschiedener Konzepte hilfreich. Daher spreche er sich für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes aus. Für die SPD-Fraktion stelle er den Antrag, dieses Konzept sofort umzusetzen.

RM Hollenhorst unterstützte die Argumentation von RM Marx. Die Bedeutsamkeit dieses Themas erlaube es nicht, eine Pause einzulegen.

Es gehe nicht darum, eine Pause einzulegen, so RM Bösl. Aber seiner Ansicht nach habe die Gemeinde auch ohne Konzept bereits energetische Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden getroffen. Auf die Erstellung von Konzepten und Papieren könne man durchaus verzichten aber nicht auf den aktiven Umweltschutz.

RM Marx drängte noch einmal darauf, keine Zeit vergehen zu lassen, da die Energiekosten überproportional steigen würden.

Für die FDP-Fraktion teilte RM Weinekötter mit, dass sie zzt. die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes nicht befürworte. Sollten im nächsten Jahr keine Fördermittel mehr zur Verfügung gestellt werden, dann habe er Zweifel an die Ernsthaftigkeit dieses Programmes.

Die Vorstellung des Konzeptes im Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft habe nach Ansicht von RM Künneke gezeigt, dass der größte Teil des Konzeptes in Medienarbeit bestehe. Information der Bürger könne auch auf anderen Wegen geschehen. Er sei der Meinung, dass das EEA-Projekt viel mehr Ansätze zur CO₂-Verringerung liefere.

BM Thegelkamp ließ sodann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die sofortige Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und die Haushaltssperre wird aufgehoben.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 09:22:00 (J:N:E) Stimmen.

Im Anschluss daran erfolgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Hauptausschusses.

Beschluss:

Die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes wird bis zum Jahr 2013 verschoben. Ein Info-Blatt mit konkreten Informationen zum Thema und Maßnahmen sowie Förderungsmöglichkeiten wird zeitnah von der Verwaltung erarbeitet.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 22:09:00 (J:N:E) Stimmen.

7 Anpassung Eigenanteil der Eltern zu den Schülerbeförderungskosten

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Beschluss SKA 9 vom 15.06.2011/TOP 7 ist im letzten Satz wie folgt zu ändern:
Liegen die Fahrkosten zur Wadersloher über denen zur nächstgelegenen Schule, wird von den Eltern eine Kostenbeteiligung in Höhe von maximal 200,00 € pro Schuljahr angefordert.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 61 "Demandt" Satzungsbeschluss

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 61 „Demandt“ der Gemeinde Wadersloh wird gemäß §§ 2 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in den zurzeit gültigen Fassungen – als Satzung beschossen, nachdem der Entwurf des Bebauungsplanes mit den erforderlichen Unterlagen in der Zeit vom 04.01.2012 bis 06.02.2012 einschließlich gemäß § 3 (2) i. V. m. § 4 (2) BauGB öffentlich ausgelegen hat. Gleichzeitig wird die Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**9 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wadersloh
Feststellungsbeschluss**

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wadersloh wird gemäß 2 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. S. 2414 in Verbindung mit §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in den zurzeit gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf des Flächennutzungsplanes mit den erforderlichen Unterlagen in der Zeit vom 04.01.2012 bis 06.02.2012 einschließlich gemäß § 3 (2) i. V. m. § 4 (2) BauGB öffentlich ausgelegen hat. Gleichzeitig wird die Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**10 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 "Diestedde West"
Satzungsbeschluss**

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 „Diestedde West“ der Gemeinde Wadersloh wird gemäß § 10 in Verbindung mit § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des ErbStRG vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018 ff) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in den zurzeit gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf des Bebauungsplanes in der Zeit vom 04.01.2012 bis 06.02.2012 einschließlich, gemäß § 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB öffentlich ausgelegen hat. Gleichzeitig wird die Begründung beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

11 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 "Buschkamp II" Satzungsbeschluss

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 „Buschkamp II“ der Gemeinde Wadersloh wird gemäß § 10 in Verbindung mit § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des ErbStRG vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018 ff) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in den zurzeit gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf des Bebauungsplanes in der Zeit vom 04.01.2012 bis 06.02.2012 einschließlich, gemäß § 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB öffentlich ausgelegen hat. Gleichzeitig wird die Begründung beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

12 Bürgerhaushalt

RM Nienaber fragte an, ob es aus datenschutzrechtlicher Sicht möglich sei, den Bürgerhaushalt nicht mehr anonymisiert durchzuführen. Herr Morfeld sicherte eine Prüfung seitens der Verwaltung zu.

RM Bösl wies darauf hin, dass die E-Mail-Adressen der am Bürgerhaushalt teilnehmenden geschützt werden müssten und nicht weitergegeben werden dürften.

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2013 einen Bürgerhaushalt wie vorgeschlagen durchzuführen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

13 Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Wadersloh

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Wadersloh wird zugestimmt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Neufassung der Hauptsatzung ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

14 Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Wadersloh

RM Hollenhorst teilte mit, dass die FWG-Fraktion sich bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten werde. Die FWG haben einen Antrag gestellt, der aus zwei Teilen bestehe: Erweiterung der Zuständigkeit der Ausschüsse und Stärkung der Entscheidungsbefugnisse von Kommunalpolitikern. Das erste Anliegen sei in der Neufassung der Zuständigkeitsordnung umgesetzt worden, das zweite jedoch nicht.

RM Bösl zeigte sich erstaunt über dieses Verhalten. Die Verwaltung habe die Fraktionsvorsitzenden rechtzeitig über die Änderungen informiert und weder im Gespräch zwischen Fraktionsvorsitzenden und Verwaltung noch im Hauptausschuss habe die FWG diesbezüglich Kritik geäußert. Wenn der Rat sich innerhalb einer Wahlperiode eine neue Ordnung gebe, solle dies in Übereinstimmung mit allen Ratsmitgliedern geschehen. Es sei menschlich enttäuschend, wenn Bedenken nicht im Vorfeld der Diskussion geäußert würden.

BM Thegelkamp wies vermittelnd darauf hin, dass die FWG-Fraktion die Novellierung ja nicht ablehne, sondern sich lediglich enthalten wolle.

RM Marx bat darum, die Enthaltung noch einmal zu überdenken. Im Vorfeld habe man genügend Gelegenheit gehabt, um über unterschiedliche Auffassungen sprechen zu können. Dieses Verhalten sei jedoch seiner Ansicht nach ein überdenkenswerter Stil.

Die FWG-Fraktion habe die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung initiiert und viele ihrer Anregungen seien übernommen worden, so RM Weinekötter. Die Vorgehensweise, sich nun enthalten zu wollen, nur weil nicht alle Gesichtspunkte übernommen wurden, könne er nicht verstehen.

RM Hollenhorst erwiderte, dass sie die Neufassung der Zuständigkeitsordnung nicht blockieren wolle, weil bereits viele Anliegen der FWG umgesetzt worden seien. Aber keine Wortmeldung der Fraktion im Vorfeld der Diskussion bedeute nicht unbedingt Zustimmung.

Die Entscheidung der FWG, sich enthalten zu wollen, sei doch nicht jetzt aus einer spontanen Debatte heraus getroffen worden, so RM Bösl. Sie stehe seit einiger Zeit fest und darüber hätte der Rat informiert werden können.

RM Hollenhorst gab zu bedenken, dass es hier doch nur um maximale vier Enthaltungen gehe.

RM Weinekötter hob noch einmal die Bedeutung der Hauptsatzung, Zuständigkeitsordnung und Geschäftsordnung hervor, die der Unterbau des Rates seien. Sie seien Grundlage für die Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit.

Die Sitzung wurde auf Initiative von BM Thegelkamp als Vorsitzender des Rates um 18:27 Uhr unterbrochen, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, sich auf Grund der Bedeutsamkeit der Entscheidung erneut zu beraten. Die Sitzungsunterbrechung wurde um 18:37 Uhr aufgehoben.

Der Rat schloss sich im Anschluss ohne weitere Aussprache der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Wadersloh wird zugestimmt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Neufassung der Zuständigkeitsordnung ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

15 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Wadersloh und seiner Ausschüsse

BM Thegelkamp wies darauf hin, dass die vom Hauptausschuss erbetene Prüfung zu § 16 der Geschäftsordnung erfolgt sei. Das Ergebnis wurde als Anmerkung der Verwaltung bei Abfassung der Niederschrift zur 16. Sitzung des Hauptausschusses am 05.03.2012 mitgeteilt.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Wadersloh und seiner Ausschüsse wird zugestimmt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Wadersloh ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

16 Antrag der CDU-Fraktion auf Verlängerung des Radweges an der Diestedder Straße

Die CDU-Fraktion stellt mit Schreiben vom 01.03.2012 den Antrag, dass der Radweg an der Diestedder Straße bis zur Einmündung der Straße Geisterfeld verlängert werden soll. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

RM Hollenhorst regte eine Prioritätenliste für Radwege an.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

17 Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen lagen nicht vor.

18 Berichte der Ausschüsse

18.1 Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 11 am 06.02.2012

18.2 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 12 am 13.02.2012

18.3 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 18 am 15.02.2012

18.4 Hauptausschuss Nr. 16 am 05.03.2012

Fragen zu den Punkten 18.1 bis 18.4 wurden nicht gestellt.

19 Verschiedenes

19.1 Anpassung der Entschädigungsverordnung

Nach § 45 Abs. 6 Gemeindeordnung setzt das Innenministerium durch Rechtsverordnung die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung sowie die Höhe der Sitzungsgelder für die Mitglieder kommunaler Gremien fest.

Zu Beginn der Wahlzeit der Vertretungen – 21.10.2009 - und mit Ablauf der Hälfte der Wahlzeit ist die Höhe dieser Aufwandsentschädigungen anhand der Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen anzupassen. Die von IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) im November 2011 gemeldete maßgebliche Preissteigerung beträgt 1 %. Dementsprechend werden die Aufwandsentschädigungen ab dem 01. Mai 2012 angehoben.

Die monatliche Pauschale für die Ratsmitglieder beträgt dann 101,80 € (bisher 100,80 €) und das Sitzungsgeld wird erhöht von 17,30 € auf 17,50 €.

Die Sachkundigen Bürger erhalten ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,50 €.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

19.2 Feuerwehrgerätehaus Göttingen

RM Brune bedankte sich im Namen Des Löschzugs Göttingen dafür, dass die Errichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses so positiv vom Rat und von der Verwaltung unterstützt wurde.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:45 Uhr